

# Zwischen Friedensarbeit und Gewalt

Die kolumbianische Land-, Umwelt- und Friedensaktivistin Jani Silva, Präsidentin der *Asociación para el Desarrollo Integral Sostenible de la Perla Amazónica (Adispa)*, setzt sich seit Jahrzehnten unter widrigsten Bedingungen für die Rechte einer Gemeinschaft von rund 700 kleinbäuerlichen Familien in Puerto Asís, Putumayo, ein. Diese ist ständig bedroht, insbesondere durch bewaffnete Gruppen, die an der Grenze zu Ecuador illegale Geschäfte betreiben.

/ Johana Calle, Jonas Wolff /

Laut der Menschenrechtsverteidigungsorganisation Human Rights Defenders Memorial wurden im Jahr 2024 weltweit 324 Menschen umgebracht, die sich in ihren Ländern friedlich für die Menschenrechte einsetzten. Fast die Hälfte der Opfer – 157 – entfielen dabei auf Kolumbien. Das südamerikanische Land gehört seit Jahren zu den gefährlichsten Orten für zivilgesellschaftliche AktivistInnen. Besonders betroffen sind Menschen, die sich in ihren lokalen Gemeinschaften für Umwelt und Landrechte engagieren.

## Nach der Guerilla die Paramilitärs

Diese Problematik hat sich seit dem Friedensabkommen zwischen dem kolumbianischen Staat und der Guerillaorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo (FARC-EP) Ende 2016 noch zugespitzt. Nach Angaben der kolumbianischen Nichtregierungsorganisation Indepaz wurden in den acht Jahren zwischen 2017 und 2024 jährlich im Schnitt 200 soziale Führungspersonlichkeiten getötet, insbesondere RepräsentantInnen indigener, afrokolumbianischer und mestizisch-kleinbäuerlicher Gemeinschaften in den ländlichen Regionen Kolumbiens.

Das Departement Putumayo im Südwesten Kolumbiens ist von dieser Gewaltform in besonderer Weise betroffen. Als Hochburg des Kokaanbaus und Region an der Grenze zu Ecuador besitzt es strategische Bedeutung für Drogenproduktion und transnationalen Drogenhandel. Zugleich wird Öl gefördert, und der (illegale) Goldabbau

boomt. Mit der Demobilisierung der FARC-EP hat zwar die kriegsrische Gewalt spürbar abgenommen. An die Stelle der FARC-EP traten allerdings konkurrierende bewaffnete Gruppen, die um die Kontrolle von Bevölkerung, Territorium und illegalen Geschäften ringen. Ergebnis ist ein diffuser Gewaltzusammenhang, in dem sich lokale Gemeinschaften und ihre exponierten VertreterInnen neben gezielten Morden u.a. Einschüchterungen, Drohungen und Erpressungen, Ausgangssperren, Blockaden und Versuchen der Übernahme von Selbstverwaltungsstrukturen durch illegale Gruppen ausgesetzt sehen.

## Hochburg des Kokainanbaus

Putumayo liegt im Südwesten Kolumbiens und erstreckt sich entlang der Grenze zu Ecuador und Peru von den Ausläufern der Anden bis in die Tiefe des Amazonasgebiets (siehe Karte). Das biodiverse Departement hat knapp 400'000 EinwohnerInnen, darunter etwa 18,3 Prozent Indigene und 3,8 Prozent AfrokolumbianerInnen. Die legale Wirtschaft basiert neben der Landwirtschaft und Viehzucht vor allem auf dem Erdöl.

In den 1980er-Jahren breitete sich in Putumayo der Kokaanbau aus, und bis Ende der 1990er-Jahre etablierte sich das Departement als eine der wichtigsten Anbauregionen Kolumbiens, mit der Gemeinde Puerto Asís als Hochburg. Neben dem Zuzug kleinbäuerlicher SiedlerInnen ging der Kokaboom mit einer steigenden Präsenz bewaffneter Gruppen einher, darunter paramilitärische Gruppen und die FARC-EP. Im Rahmen des Plan Colombia, der von den USA unterstützten Militäroffensive gegen Drogenproduktion und FARC-EP, wurde der Kokaanbau ab 2000 deutlich zurückgedrängt – gleichzeitig stieg die Gewalt an. Zudem expandierte die Ölindustrie, was zwar Geld und Arbeitsplätze brachte, aber auch Umweltverschmutzung, Landkonflikte und eine verstärkte Militärpräsenz.

Aus der Mobilisierung von KokabäuerInnen, die sich gegen die breitflächige Besprühung von Kokapflanzen mit Glyphosat wendete, gingen Prozesse der Selbstorganisation ländlicher Gemeinschaften hervor. In Puerto Asís mündeten diese im Jahr 2000 in

Fortsetzung Seite 20



der Gründung eines kleinbäuerlichen Schutzgebiets (siehe Kasten). Mit dem sich zuspitzenden bewaffneten Konflikt zwischen FARC-EP, paramilitärischen Gruppen und Staat geriet die Schutzzone allerdings schnell ins Fadenkreuz der bewaffneten Akteure. Nach einer Phase der faktischen Suspendierung und der Vertreibung zahlreicher Familien gelang 2011 die Reaktivierung der Schutzzone, nun repräsentiert und verwaltet durch Adispa (siehe Kasten unten).

### **Zwischen Friedensprozess und andauernder Gewalt**

Die Folgen des Friedensabkommens von 2016 in Putumayo und Puerto Asís sind widersprüchlich. Zwar brachte der Friedensprozess der Region einen deutlichen Rückgang bewaffneter Auseinandersetzungen. Auch der Einsatz von Landminen und das Ausmass gewaltsamer Vertreibungen gingen spürbar zurück. An die Stelle der FARC-EP traten aber neue bewaffnete Gruppen, die um die Kontrolle dieser für Drogenproduktion und -handel strategischen Region konkurrierten.

Um 2020 verbündeten sich Abspaltungen der ehemaligen FARC-EP mit der kriminellen Organisation La Construcción, die aus der Demobilisierung der Paramilitärs in den frühen 2000er-Jahren hervorgegangen war. Die so entstandenen Comandos de la Frontera setzten sich als neuer hegemonialer Akteur in

Putumayo durch. Seit 2020 hat sich der Kokaanbau in Putumayo wieder deutlich ausgeweitet. Auch Abholzung, illegale Landnahme und gewaltsame Vertreibungen stiegen erneut an.

Zwischen 2017 und 2024 wurden in Putumayo 90 soziale Führungspersonlichkeiten getötet, davon allein 19 in Puerto Asís. Mit 18,2 Morden pro 100'000 EinwohnerInnen ist Putumayo das Departement Kolumbiens, das am stärksten von dieser Gewaltform betroffen ist. Einschränkungen, Drohungen und Gewalt richten sich insbesondere gegen ländliche Gemeinschaften, die sich wie Adispa an Initiativen zur freiwilligen Substitution des Kokaanbaus beteiligen, an alternativen Entwicklungsstrategien arbeiten und sich der Kooptation durch bewaffnete Akteure widersetzen. Drohungen gegen Adispa und ihre RepräsentantInnen wurden zuletzt vor allem den Comandos de la Frontera zugeschrieben.

### **Das nachhaltige Modell ländlicher Entwicklung der Adispa**

Adispa verwaltet die kleinbäuerliche Schutzzone La Perla Amazónica und koordiniert die Arbeit der kleinbäuerlichen Gemeinschaften, die ihr angehören. Ihre Arbeit zielt darauf, eine gerechtere Landverteilung und lokale Ernährungssouveränität zu gewährleisten, das Gebiet vor Bedrohungen durch Ölförderung, Bergbau, Kokaanbau, Abholzung und nicht-staatlichen Gewaltakteuren zu schützen und ein nachhaltiges Modell ländlicher Entwicklung zu fördern, das ökologische, soziale und produktive Aspekte verbindet. Dabei geht es zugleich um die Erhaltung der kleinbäuerlichen Kultur und, damit eng verbunden, um den Schutz des hochgradig biodiversen tropischen Feuchtgebiets. Die Bewältigung der Folgen des bewaffneten Konflikts und geschlechtsspezifischer Gewalt sind weitere Arbeitsfelder.

Die Organisation hat vier Arbeitsausschüsse. Der Frauenausschuss zielt auf das Empowerment von Kleinbäuerinnen. Der Jugendausschuss stärkt über Tanz und Kultur die kleinbäuerliche Kultur und bindet den Nachwuchs in die Organisationsstrukturen ein. Der Kommunikationsausschuss ist für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zuständig, der Ausschuss für Agrarumweltfragen kümmert sich um die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsplanung des Schutzgebiets.

Besonders hervorzuheben ist die Rolle von Frauen, die als Treiberinnen von Zukunftsvisionen gemeinsam mit ihren Familien Strategien entwickeln, um der Ausbreitung des Kokaanbaus entgegenzuwirken, die Kooperation innerhalb der Gemeinschaft zu stärken und die Zwangsrekrutierung von Jugendlichen durch bewaffnete Gruppen zu verhindern. Zugleich spielen Frauen, wie der Einsatz der langjährigen Adispa-Präsidentin Jani Silva zeigt, in der Organisation auch zentrale politische Rollen

### **Ständige Bedrohung**

Die Schutzzone und Adispa sind beständigen Bedrohungen ausgesetzt – insbesondere durch die Ausweitung extraktiver Wirtschaftsaktivitäten und des Kokaanbaus sowie durch nicht-staatliche Gewaltakteure wie die Comandos de la Frontera. In diesem Kontext stehen der Schutz des Territoriums, der kollektiven Identität und der politischen Autonomie im Vordergrund der Gemeinschaftsarbeit. Ihr Konzept lokaler Entwicklung folgt einer kollektiven Vision, die globalisierten Wirtschaftslogiken entgegensteht und sich in Mingas (gemeinschaftliche Arbeitsformen indigener und bäuerlicher Gemeinschaften), symbolischem Widerstand und solidarisches Wirtschaftsmodellen ausdrückt.

Adispa arbeitet mit staatlichen Institutionen, nicht-staatlichen Organisationen und internationalen Organisationen zusammen. Projekte zielen insbesondere auf die Substitution des illegalen Kokaanbaus durch legale und nachhaltige Alternativen. Durch dieses Engagement steht die Organisation in direktem Konflikt mit den bewaffneten Gruppen, die in der Region Drogenproduktion und -handel kontrollieren. Aber auch der Einsatz gegen die Umweltschäden, die durch Erdölförderung und Bergbau hervorgerufen werden, gilt als Grund für die Bedrohungen, denen sich Adispa und ihre Führungspersonlichkeiten ausgesetzt sehen.

### **Alltägliche Friedensarbeit von unten**

Generell steht der kolumbianische Staat der Selbstorganisation ländlicher Gemeinschaften keineswegs nur unterstützend gegenüber. Nach Angaben von Amnesty International war Adispa-Präsidentin Jani Silva eine von 130 Menschen, deren Kommunikation im Rahmen einer illegalen Cyber-Spionageoperation des kolumbianischen Militärs überwacht wurde. Gleichzeitig erhält sie

#### **Kleinbäuerliche Schutzgebiete**

Seit 1994 sind kleinbäuerliche Schutzgebiete (Zonas de Reserva Campesina, ZRC) in Kolumbien offiziell anerkannte Instrumente zur Stärkung einer nachhaltigen bäuerlichen Wirtschaft, der autonomen Selbstorganisation kleinbäuerlicher Gemeinschaften und des Friedens. Insgesamt gibt es 21 ZRC, darunter die Zona de Reserva Campesina Perla Amazónica (ZRCPA) in Puerto Asís mit 23 ländlichen Gemeinden (veredas). Die ZRCPA entstand im Jahr 2000. Zur Verwaltung der Schutzzone wurde 2008 die Asociación para el Desarrollo Integral Sostenible de la Perla Amazónica Adispa gegründet und 2011 offiziell registriert.



seit 2017 von einer Einheit des kolumbianischen Staats persönlichen Schutz. Von wirksamen, umfassenden Schutzmaßnahmen, die die gemeinschaftliche Arbeit von Adispa absichern würden, kann dabei keine Rede sein.

Die Arbeit von Organisationen wie Adispa und das Engagement von GraswurzelaktivistInnen wie Jani Silva stehen für eine Praxis des lokalen gemeinschaftlichen Friedensaufbaus. Die Bedeutung solcher alltäglicher Friedensarbeit von unten, die etwa Studien über «everyday peace» (Roger Mac Ginty) und «slow peace» (Angela Lederach) betonen, gerät in Debatten über Krieg und Frieden allzu häufig aus dem Blick. Unter den Bedingungen andauernder Gewalt und vielfältiger Bedrohungen schaffen lokale Gemeinschaften räumlich begrenzte Inseln friedlichen Zusammenlebens. Auch wenn von Frieden im negativen Sinne – verstanden als Abwesenheit kriegerischer Gewalt – noch keine Rede sein kann, arbeiten sie doch zugleich an Grundlagen eines weiterreichenden positiven Friedens: am Abbau struktureller Gewaltursachen wie Ungleichheit, Exklusion und Umweltzerstörung.

### Ungewisse Folgen einer Demobilisierung der FARC

Unter dem Motto eines «territorialen Friedens» trug das Friedensabkommen mit den FARC-EP der Bedeutung lokaler Gemeinschaften für den Friedensaufbau offiziell Rechnung. In der Praxis wurden die Versprechen von lokaler Partizipation, sozialer Teilhabe und ländlicher Entwicklung allerdings bestenfalls partiell eingelöst. Zudem kann in Regionen wie Putumayo von Frieden keine Rede sein.

Dies hat sich auch unter der gegenwärtigen Regierung von Gustavo Petro nicht geändert. Petro trat 2022 mit einer umfassenden Friedensagenda (Paz Total) an, die Friedensgespräche mit allen relevanten bewaffneten Gruppen vorsah. Im Unterschied zu zahlreichen anderen, bereits gescheiterten Dialogversuchen dauerten die Gespräche der Regierung mit den Comandos de la Frontera bis zuletzt an.

Selbst wenn sich die Gruppe auf eine Demobilisierung einlassen sollte, sind die Konsequenzen für die lokale Bevölkerung in Puerto Asís allerdings ungewiss. Während die prekäre Hegemonie der Comandos die Intensität bewaffneter Auseinandersetzungen in der Region zuletzt deutlich reduziert hat, stehen



### Die kolumbianische Umwelt- und Friedensaktivistin Jani Silva

Die Umwelt-, Land- und Friedensaktivistin Jani Silva setzt sich seit über 40 Jahren für die Rechte kleinbäuerlicher Familien, für nachhaltige und sozial gerechte ländliche Entwicklung sowie für den Aufbau eines territorialen Friedens in Puerto Asís, Putumayo, ein. In Leticia, im Departement Amazonas, geboren, zog sie mit zwölf Jahren mit ihrer Mutter nach Puerto Asís, mit 16 Jahren begann ihr Engagement in der Gemeinschaft. Im Jahr 2000 spielte sie eine zentrale Rolle bei der Gründung der kleinbäuerlichen Schutzzone La Perla Amazónica. Seit 2011 steht sie der Adispa als Präsidentin vor. Ihr Engagement für Alternativen zum Kokaanbau, für die Rechte und die unabhängige Organi-

sation kleinbäuerlicher Gemeinschaften sowie gegen die Beeinträchtigung der Umwelt durch die Erdölförderung führte zu wiederholten Morddrohungen durch bewaffnete Gruppen. Ihr Einsatz steht exemplarisch für den Widerstand der ländlichen Bevölkerung, für lokales Engagement für den Aufbau eines nachhaltigen, territorialen Friedens «von unten» sowie für die zentrale Rolle von Frauen im gemeinschaftlichen Engagement für Frieden, Leben und Territorium. 2023 wurde Jani Silva von Amnesty International für den Friedensnobelpreis nominiert, 2025 wurde sie mit dem Hessischen Friedenspreis der Albert-Osswald-Stiftung ausgezeichnet.

für den Fall ihrer Demobilisierung oder Spaltung konkurrierende bewaffnete Gruppen bereit, um ein entsprechendes Machtvakuum zu füllen. Zugleich führt auch die Erdölförderung in der Region fortgesetzt zu Umweltschäden im kleinbäuerlichen Schutzgebiet. Das Engagement von Adispa bleibt damit so bedeutsam wie beständig bedroht.

Johana Calle studiert im Master Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg. Professor Jonas Wolff leitet dort den Programmbereich Innerstaatliche Konflikte des Peace Research Institute Frankfurt (PRIF). Der Beitrag ist im PRIF-Spotlight Nr. 8/2025 erschienen, die Untertitel stammen von der Redaktion.